

## Der europäische Kapitalismus in der Krise

*Auftakt:* Derzeit produziert die Denkindustrie die Auffassung, wir hätten es mit einer Schuldenkrise zu tun. Aber ist das so? Sind die allenthalben aufgehäuften exorbitanten Schulden nicht überwiegend Ergebnis der Bankenrettung infolge geplatzter Immobilienblasen? Und woher kommen diese Blasen? Sind es nicht immer wieder neue Banken Krisen, verursacht durch riskante Spekulationen? Alternativ versucht uns die Denkindustrie einzuflüstern, wir hätten es mit einer Eurokrise zu tun. Aber sind nicht die spekulativen Angriffe auf einzelne Euro-Staatsanleihen die direkte Folge massiver wirtschaftlicher Ungleichgewichte im Euroraum, die das schier unermesslich aufgeblähte Finanzkapital mittels Zins- und Währungswetten profitabel zu nutzen versucht? Woher konnten aber die Ungleichgewichte überhaupt entstehen und wie konnte sich das Finanzkapital derart aufblähen? Warum erlaubt es sich, derart hohe Risiken einzugehen? Fragen über Fragen, die nur die Unsicherheit darüber ausdrücken, was zu tun ist. Und der schwachverständigen deutschen Politik fällt nichts anderes ein, als sich der ‚Diktatur des Monetariats‘ zu unterwerfen, die Bedienung von dessen Schuldtiteln zu garantieren und daraus erwachsende Staatsschulden durch öffentliches Sparen vermeintlich abzubauen (was durch das jüngste BVG-Urteil sogar mit Verfassungsrang geädelt wurde), also nichts anderes, als die gesellschaftliche Magersucht mit Nahrungsentzug zu bekämpfen.

(1) Die Krankheit zu heilen, erfordert eine sachgerechte Diagnose. Zum Kern des Übels vorzudringen, ist wie das Häuten einer Zwiebel: man darf sich nicht von den oberflächlichen Erscheinungen täuschen lassen und an Symptomen herumdoktern, sondern muss sich Schale für Schale diagnostizierend zum ursächlichen Kern vorarbeiten.

(2) Die derzeit beobachtete ‚Schuldenkrise‘ ist nur eine Folgeerscheinung der Bankenkrise. Wer sie direkt mit Mitteln der Austerität zu bekämpfen sucht, verschärft das Übel in Gestalt depressiver Entwicklung (wie seinerzeit schon Brüning im Laufe der ersten großen Weltwirtschaftskrise). Tatsächlich ist die dramatische Anhäufung von Staatsschulden eine unmittelbare Folge der mit gigantischen Mitteln ausgestatteten Rettungsschirme für die Banken – die das als kostenlose Rückversicherung begreifen und ihre riskanten Geschäfte weiter betreiben wie bisher – in den EU-Kernländern einerseits und der wirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum, hervorgerufen durch die deutsche Politik des Lohndumping, andererseits. Da den weniger ‚produktiven‘ Ländern im Euroraum die Anpassung der Wechselkurse verwehrt ist, bleibt ihnen gar nichts übrig, als sich gegenüber dem exportstarken Deutschland zu verschulden.

(3) Dauerhafte Ungleichgewichte (die zudem noch weiter wachsen) rufen, wie Blut die Haie, Finanzkapital auf den Plan, das die Finanzierungsprobleme der Importländer durch seine fortgesetzten Anleihespekulationen weiter verschärft. Statt die Ungleichgewichte wie auch die dadurch induzierte Verschuldung durch

Entwicklung der Produktivkräfte in den Importländern und Stärkung der Binnenmärkte durch Lohnsteigerung im Exportland Deutschland abzubauen, werden sie durch die ‚Sparpolitik‘ vertieft, was nur weitere Spekulationen anreizt. Staatsschulden lassen sich grundsätzlich nicht durch ‚Sparen‘ abbauen, ihnen kann man nur durch angemessene Besteuerung und durch Entfaltung von Produktivkräften ‚entwachsen‘, etwa durch eine Offensive in Bildung und Forschung oder in Infrastruktur. Schulden werden mit der vorherrschenden, aber verblendeten Austeritätspolitik nicht beseitigt, vielmehr wird dadurch nur der wechselseitige Hass der Bürger in den EU-Ländern geschürt und die Spaltung Europas vorangetrieben.

(4) Die Aussichtslosigkeit dieser Politik führt die Ursachenforschung auf die nächste Zwiebelchale: Ein tiefer liegender Grund für die krisenhafte Entwicklung in Europa ist der große und weiter wachsende Exportüberschuss, auf den Deutschland so stolz ist und der doch nur seine Schwäche und Verblendung anzeigt: Er beruht nämlich kaum auf einem überlegenen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, sondern ganz überwiegend auf einer dauerhaften Politik des Lohndumpings mit der Folge inzwischen hoffnungslos unterentwickelter Binnenmärkte im Innern – wie etwa der Vergleich mit den Nordischen Ländern zeigt – und der Zwangsverschuldung anderer (wie oben dargelegt). Zudem entfallen damit wesentliche Anreize zur weiteren Entfaltung der Produktivkräfte durch Innovationen. Würde etwa Deutschland aus dem Euroraum austreten, würde seine neue Währung auf einen Schlag um 30-40 % aufgewertet und deutsche Exportunternehmen wären international über Nacht nicht mehr wettbewerbsfähig – mit unabsehbaren Folgen.

(5) Ideologische Verblendung hindert die politischen Akteure auch daran zu erkennen, dass die Eurozone von Beginn an eine Fehlkonstruktion war und das Festhalten an den ursprünglich nach dem ‚System Tietmeyer‘ vereinbarten ‚Grundsätzen‘ von Maastricht – reine Geldpolitik durch die unabhängige EZB, Schuldenbegrenzungen, keine wechselseitige Haftung für Schulden, keine Transferleistungen von starken an schwache Länder, keine koordinierte Wirtschaftspolitik – eingetretene Ungleichgewichte nur verschärfen kann. Weil Wechselkursanpassungen nicht mehr möglich sind, kann eine Währungsunion aber ohne eine gemeinsame Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik, ohne koordinierte Stärkung der Produktivkräfte und ohne entwicklungsorientierte Unterstützung der Schwachen durch die Starken gar nicht funktionieren, wie die derzeitigen Probleme unmissverständlich anzeigen.

(6) Die europäische Wirtschaft leidet darüber hinaus noch generell an jahrzehntelanger Investitionsschwäche in reale Wertschöpfungsprozesse. Diese anhaltende Unterinvestition ist darauf zurückzuführen, dass in realen Wertschöpfungsprozessen infolge geschwächter kaufkräftiger Nachfrage und verringerter Entwicklungspotenziale von Produktivkräften immer weniger lohnend erscheinende Möglichkeiten profitabler Kapitalanlage bestehen. Kapital zieht aber dahin, wo der höchste Profit lockt. So werden stattdessen profitabler erscheinende, aber riskante Wettgeschäfte auf den Finanzmärkten gesucht, die jedoch keine realen Werte schaffen. Laufen diese Wetten in großer Zahl schief,

kann sich das Finanzkapital aber auf kostenlose Rückversicherung durch die öffentlichen Hände verlassen. Genesung setzt daher zwingend die Schließung des Kasinos voraus, indem die Finanzmärkte wieder strikt neu reguliert und auf die Finanzierung realwirtschaftlicher Investitionen beschränkt werden.

(7) Damit ist die Ursachensuche endlich zum Kern der Zwiebel vorgedrungen: Die tiefste Ursache der ganzen krisenhaften Entwicklung ist in der ideellen Verblendung des neoliberalen Marktfundamentalismus, genauer: in den ihm zugrunde liegenden Axiomen der ‚Rationalität der Wirtschaftssubjekte‘ und der ‚Effizienz von Märkten‘ zu suchen. Diese erweisen sich angesichts des selbstreferenziellen wirklichen Geschehens enttäuschter Erwartenserwartungen als vollkommen absurde Konstrukte, leiten aber gleichwohl das Handeln relevanter Akteure an mit der unausweichlichen Folge, dass sich die Krisenerscheinungen verschärfen. Mehr derselben Therapie erzeugt nur mehr desselben Elends. Ohne Aufklärung dieser Verblendung ist Heilung nicht zu haben.

(8) Gestützt auf diese Diagnose erscheint eine Überwindung der Krise und eine prosperierende Entwicklung in Europa nur noch möglich, wenn

- > das intellektuelle Elend der Wirtschaftsdogmatik (die sich selber fälschlicherweise ‚Wissenschaft‘ nennt) endlich durch seriöse, evidenzbasierte Forschung überwunden wird;
- > das Finanzkasino durch strikte Reregulierung geschlossen wird (Einführung einer Transaktionssteuer, Einführung eines Trennbankensystems und Verbot von Schattenbanken, erhöhte Eigenkapitalquoten, Verbot von Eigenhandel, Verbot ungedeckter Leerverkäufe und diverser spekulativer ‚Finanzprodukte‘);
- > ein europäischer Währungsfond (EWF) eingerichtet wird, der Kredite zu jeweils spezifisch vereinbarten Konditionen vergibt und der sich über gemeinsam garantierte Anleihen finanziert;
- > zwischen den wichtigsten Notenbanken der Welt Bandbreiten für Wechselkurse vereinbart und garantiert werden (US-Dollar, Euro, Renminbi, Yen);
- > ergänzend zur Geldpolitik der EZB die Steuer- und Lohnpolitik der Euro-Länder koordiniert und eine abgestimmte Wirtschaftspolitik zur Entwicklung einer prosperierenden wissensbasierten Ökonomie (einschließlich notwendiger Transferleistungen) betrieben wird,
- > diese Entwicklungspolitik zur Entfaltung wissensgesellschaftlicher Produktivkräfte auf die Produktion von öffentlichen Gütern (lebenslange Bildung, Forschung, Gesundheit, soziale Sicherung, Finanzen) und Gemeingütern (stoffliche und Wissens-Infrastrukturen) sowie auf den sozial- und naturverträglichen Umbau aller Produktionsprozesse ausgerichtet wird.